

Presseschau 26.03.14 Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, russland.ru, Gebietszeitung Sewastopol, , Agentur Kriminform

Ukraine allgemein / Russland:

- Die Ukraine schaltet russische Fernsehkanäle (vorläufig?) ab.
- Das Abgeordnetenhaus des tschechischen Parlaments hat die EU-Generallinie nicht unterstützt. „Das Abgeordnetenhaus hat den Vorschlag, in dem die Regierung mit der Förderung wirtschaftlicher Sanktionen gegen Russland im Rahmen der EU beauftragt wird, nicht unterstützt“, heißt es in einer Pressemitteilung, die vom Parlament veröffentlicht wurde.
Die tschechischen Abgeordneten lehnten auch den Vorschlag über die Aufstockung der Finanzierung der tschechischen Armee ab. Der Haushalt des Verteidigungsministeriums beläuft sich derzeit auf 1,1 Prozent des BIP. Er sollte im kommenden Jahr auf 1,3 erhöht werden, damit die Ausgaben für die Verteidigung 2017 auf zwei Prozent des BIP steigen.
Zuvor erklärte die tschechische Regierung, dass Wirtschaftssanktionen verheerende Folgen für die eigene Bevölkerung habe.
- Während EU-Spitzenpolitiker Moskau mit weiteren Sanktionen drohen, plant Großbritannien Direktkäufe von russischem Gas, schreibt die britische Ausgabe der Zeitung „Huffington Post“.
„Das größte britische Energieunternehmen Centrica, das die Gesellschaft British Gas besitzt, wird im Oktober mit dem Direktimport von russischem Gas beginnen“, heißt es im Beitrag. „Die Pläne von Centrica bleiben in Kraft trotz der Diplomatenaktivitäten um die Ukraine und trotz deren Drucks auf europäische Politiker mit dem Ziel, die Energieabhängigkeit von Russland zu verringern.“
- Russland forderte die Ukraine auf, die Diskriminierung des russischen Flugpersonals auf ukrainischen Flughäfen umgehend zu unterlassen.
Besatzungsmitglieder der russischen Fluglinien werden von Grenzbeamten daran gehindert, die Flugzeuge zu verlassen und die vorgeschriebenen Ruhezeiten einzuhalten. Dies gefährde enorm die Flugsicherheit und widerspreche allen internationalen Vereinbarungen.
- Die nationalistische Partei „Swoboda“ brachte einen Gesetzesantrag für antikommunistische Säuberung, gegen Agenten ausländischer Geheimdienste, gegen Korruption und zur Verfolgung von Menschen, die die Demokratie zerstören wollen, ein.

Krim:

- Der Oberbürgermeister der Stadt Sewastopol, Alexej Tschaly, hat die Auflösung der Selbstverteidigungseinheiten verkündet. Er begründete seinen Beschluss damit, dass „der äußere Feind keine Bedrohung mehr darstellt“.